

- (7) Zum ersten Mal seit der Gründung des Landes ist keine bürgerliche Partei an der Regierung beteiligt. Für die SPD könnte sich dies für die Zukunft als strategische Bürde erweisen, „bewies“ doch das Bündnis mit der FDP die Unbedenklichkeit und Wählbarkeit der Sozialdemokraten auch in bürgerlichen Wählergruppen.
- (8) Der Wahlerfolg qualifizierte *Kurt Beck* für höhere Aufgaben in der SPD: Am 14. Mai 2006 wählte ihn ein Parteitag zum neuen Bundesvorsitzenden.⁴² Die Bedeutung Becks für das Abschneiden seiner Partei zeigt: Sollte er Kanzlerkandidat bei der Bundestagswahl 2009 werden und nach Berlin wechseln, dürfte es der rheinland-pfälzischen SPD schwerfallen, an ihren Wahlerfolg anzuknüpfen.

42 Beck wurde mit 95,1 Prozent zum Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen *Matthias Platzeck* gewählt.

Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels“

Everhard Holtmann

1. Die Ausgangslage: eine veränderte bundespolitische „Schlachtordnung“ und der absehbare Verlust der schwarz-gelben Regierungsmehrheit

Mit der Bildung der Großen Koalition in Berlin am 11. November 2005 war eine neue bundespolitische Konstellation eingetreten, welche die Rahmenbedingungen für nachfolgende Landtagswahlen veränderte. Der „halbe Machtwechsel“ im Bund eröffnete den wahlkämpfenden Parteien in allen drei Ländern, in denen am 26. März 2006 der Landtag neu zu wählen war, die Chance, sich aus der seit Jahren anhaltenden babylonischen Gefangenschaft der Bundespolitik zu lösen. Für die Anhänger weder der CDU noch der SPD konnte es hingegen darum gehen, den regionalen Urnengang dafür zu nutzen, einen „Denkzettel“ in Richtung Berlin zu verteilen.¹ Anders stellte sich die argumentative Ausgangslage allenfalls für die Wahlkämpfer und Wähler der Linke.PDS dar.

Tatsächlich äußerte eine Mehrheit der Wähler (51 Prozent) vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, für sie sei diesmal die Landes- und nicht die Bundespolitik (36 Prozent) entscheidend.² Bei der vorangegangenen Landtagswahl, die durch eine ausgeprägte Wechselstimmung gekennzeichnet gewesen war, hatte die Landespolitik, nimmt man diese Daten als Vergleichswert, allerdings eine noch weitaus größere Rolle gespielt: Im April 2002 gaben 61 Prozent der Befragten an, für sie seien landespolitische Erwägungen le-

1 So auch Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, 26.3.2006 (www.forschungsgruppe.de).

2 Infratest dimap, Wahlreport: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 26. März 2006, S. 80.

tend; nur 25 Prozent stuften seinerzeit die Bundespolitik höher ein.³ Auch diesmal aber wuchs mit näherrückendem Wahltermin der Stellenwert der Landespolitik. Einer anderen Umfrage zufolge verneinten zwei Wochen vor der Wahl 69 Prozent der Sachsen-Anhalter, dass die Arbeit der Großen Koalition in Berlin ihre Wahlentscheidung bei der Landtagswahl beeinflussen werde.⁴ Die Ausgangslage vor der Wahl zum fünften Landesparlament seit 1990 schien also für „landesspezifische Besonderheiten“⁵ bei der Wahlentscheidung erkennbar Raum zu geben. Nichtwähler nannten allerdings mehrheitlich (62 Prozent) die Bundespolitik als vorrangigen Entscheidungsfaktor.⁶

Die CDU wie die SPD Sachsen-Anhalts rückten landespolitische Themen und Personen in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampfstrategie. Die CDU konnte hoffen, das Landesvater-Image ihres populären Ministerpräsidenten *Wolfgang Böhmer* und ebenso die Erfolgsseiten ihrer Regierungsbilanz im Wahlkampf zur Geltung zu bringen. Tatsächlich hatte Sachsen-Anhalt trotz anhaltender Schwächen in der Wirtschafts- und Finanzkraft bei der Arbeitslosenquote die symbolträchtige „rote Laterne“ an das Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern abgeben und auch im Standortvergleich der Bundesländer Boden gut machen können.⁷ Die Landes-SPD wiederum präsentierte sich seit gut einem Jahr vor der Wahl politisch erheblich gekräftigter als zum Zeitpunkt ihrer desaströsen Niederrage von 2002. Die Flügelkämpfe, welche in der Ära des rot-roten Tolerierungsbündnisses die Partei fast zerrissen hatten⁸, waren einer neuen Geschlossenheit gewichen. Personal erschien die SPD mit der neuen, verjüngten Doppelspitze *Jens Bullerjahn* (Fraktionsvorsitz) und *Holger Hövelmann* (Parteivorsitz) in der Opposition geordnet aufgestellt. Insbesondere war dem Fraktionschef *Bullerjahn* der Rollenwechsel vom Manager des rot-roten Magdeburger Modells zum Frontmann einer pragmatischen Oppositionspartei überzeugend gelungen. Mit dem Leitbild „Sachsen-Anhalt 2020“⁹ hatte er eine vielbeachtete, weil ungeschminkte Analyse der langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven des Landes vorgelegt, für die auch der Ministerpräsident öffentlich anerkennende Worte fand und die durchaus als programmatische Orientierung für eine künftige schwarz-rote Regierungszusammenarbeit verstanden werden konnte.

3 Infratest dimap, Wahlreport: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 21. April 2002, S. 88.

4 IM Leipzig, Meinungsumfrage in Sachsen-Anhalt, Feldzeit 10. – 13. März 2006.

5 Infratest dimap, Wahlreport LTW 2006, a.a.O., S. 7.

6 Ebenda, S. 80.

7 Das nach der Landtagswahl im Juni 2006 veröffentlichte aktualisierte Bundesländer-Standort-ranking der Bertelsmann-Stiftung vermerkt: „Erstmals seit Anfang der 90er Jahre belegt Sachsen-Anhalt nicht mehr den letzten Platz im Erfolgsindex. Im aktuellen Beobachtungszeitraum 2002 – 2004 konnte sich das Land vom letzten auf den 13. Platz verbessern und erreicht damit die beste Platzierung, die beginnend mit der Wiedervereinigung je für das Land ermittelt wurde. Kein anderes Bundesland kann sich um so viele Positionen und um einen so hohen Punktwert verbessern.“ (www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/..., Aufruf am 21. August 2006).

8 Vgl. *Everhard Holtmann*, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 52.

9 *Jens Bullerjahn*, Sachsen-Anhalt 2020 – Einsichten und Perspektiven (Beiträge zur Zukunftsdiskussion in Sachsen-Anhalt, Bd.1), hrsg. vom SPD Landesverband, o.J. (2005).

2. Der Wahlkampf und die Stimmungslage: lustlos und kaum kontrovers

Der Wahlkampf verlief weitgehend unspektakulär, ohne persönliche Schärfen und ohne aufgeheizten Schlagabtausch über Sachfragen. Ihm fehlte ein Thema, welches zwischen Regierung und Opposition hätte polarisierend wirken können. Anders als 2002 grenzte sich die SPD von der PDS diesmal deutlich ab. Zwar vermeidet SPD-Spitzenkandidat *Bullerjahn* eine förmliche Koalitionsaussage. Doch waren die Signale in Richtung CDU unüberhörbar, denn faktisch ließen allein schon die mit der „Agenda 2020“ beschlossenen Leitlinien sozialdemokratischer Regierungspolitik, die unter anderem eine strikte Haushaltskonsolidierung und eine Rückführung staatlicher Tätigkeit auf „Kernaufgaben“ forderten, eine Neuauflage des rot-roten Bündnisses als unrealistisch erscheinen. Umgekehrt erweckte auch die CDU den Eindruck, für die sozialdemokratischen Avancen aufgeschlossen zu sein. Ministerpräsident *Böhmer* etwa beließ es im Wahlkampf bei einem Minimum an pflichtschuldigen Loyalitätsbekundungen gegenüber seinem bisherigen Koalitionspartner FDP.

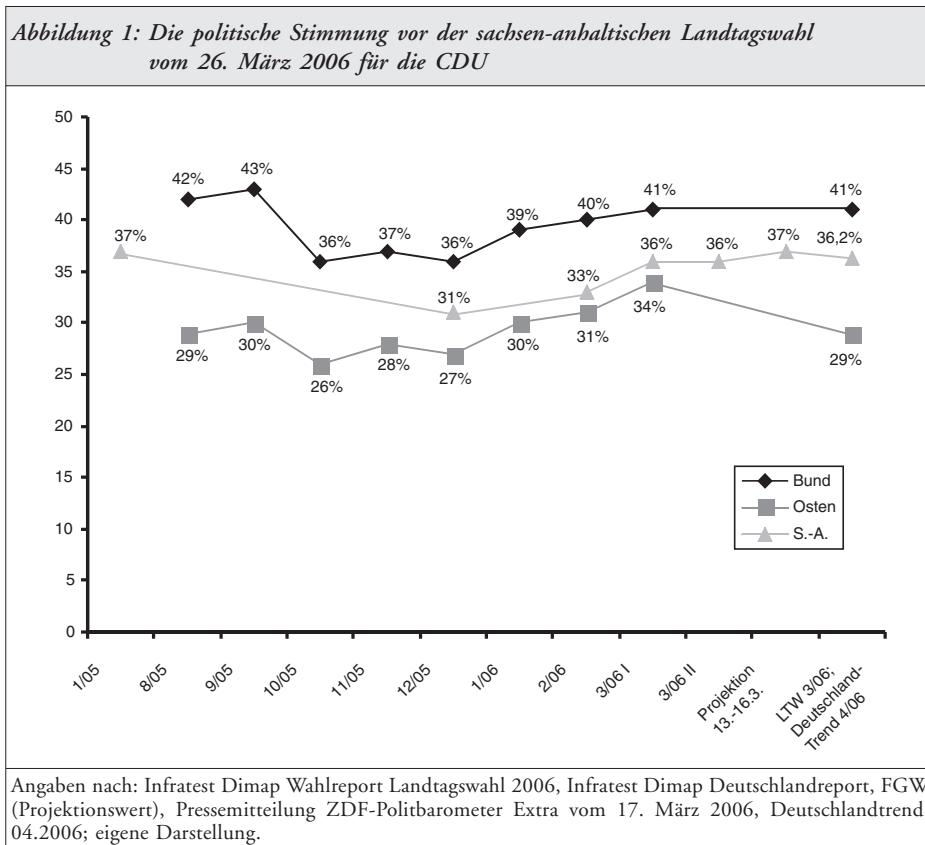
In der Wählergunst hatte sich die SPD aus der Talsohle von 2002 ein gutes Jahr vor der Landtagswahl erkennbar hochgearbeitet. Die Anfang 2005 in Umfragen verzeichneten 28 Prozent bedeuteten gegenüber dem Wahlergebnis 2002 einen Zuwachs von rund acht Punkten. Dieser Anteil entsprach in etwa den zeitgleich für die Bundes-SPD ermittelten Werten. Bundesweit pendelte die SPD zwischen Februar und August 2005 zwischen 27 und 29 Prozent. Auch danach bewegten sich Landes- und Bundes-SPD eine Zeit lang noch im demoskopischen Gleichschritt: Bis Dezember 2005 stieg die SPD in Sachsen-Anhalt auf 30 Prozent und schloss damit dicht zur CDU (31 Prozent) auf. Im Bund wurden die Sozialdemokraten zum gleichen Zeitpunkt mit exakt demselben Wert gemessen (vgl. Abbildungen 1 und 2).

Da die FDP schon im Januar 2005 von ihrem 13,3-Prozent-Wahlergebnis auf sechs Prozent in den Umfragen abgestürzt war und auf diesem Niveau bis zum Wahltag am 26. März 2006 gleichsam festgemauert blieb, hatte das schwarz-gelbe Regierungsbündnis schon lange vor der Wahl eine eigene Mehrheit verloren.

Die SPD schien sich folglich den künftigen Regierungspartner aussuchen zu können. *Jens Bullerjahn* ließ sich auf dem Wahlparteitag am 14. Januar 2006 zum Spitzenkandidaten ausrufen und meldete seinerseits öffentlich seinen Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten an.

Die Annäherung zwischen CDU und SPD wurde von der Mehrheit der Wahlbürger begrüßt. 54 Prozent fanden eine schwarz-rote Landesregierung „gut für Sachsen-Anhalt“ (nur 40 Prozent zogen Schwarz-Gelb vor).¹⁰ Allgemein herrschte im Lande immer noch eine Grundstimmung vor, die von pessimistischer Sicht auf die wirtschaftliche Lage und ausgeprägter Unzufriedenheit mit den Leistungen der Politik geprägt war. Fast neun von zehn Befragten (88 Prozent), nur geringfügig weniger als 2002 (–6 Prozentpunkte), schätzten die aktuelle wirtschaftliche Situation weniger gut bis schlecht ein. Für die

10 Infratest dimap, Wahltagsbefragung (wahl.tagesschau.de, download 29. März 2006). Einer FGW-Erhebung eine Woche vor der Wahl zufolge, optierten für den Fall, dass Schwarz-Gelb keine Mehrheit mehr erhielte, 77 Prozent für eine Koalition aus CDU und SPD und nur 17 Prozent für eine Regierung aus SPD und Linkspartei (ZDF-Politbarometer Extra, 17. März 2006).



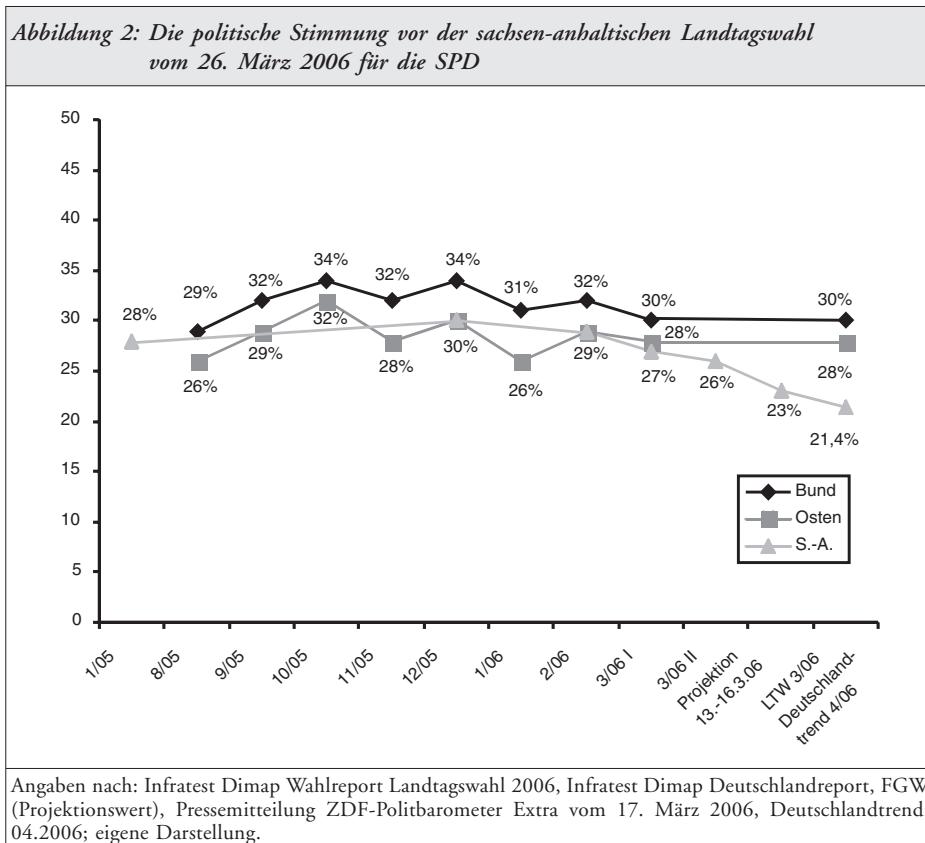
Mehrheit (51 Prozent) schnitt das Land im Vergleich mit anderen Bundesländern ökonomisch schlecht ab; allerdings war diese Mehrheit mit 65 Prozent vier Jahre zuvor deutlich größer gewesen.¹¹ Alle Landesparteien erhielten schlechtere Noten als ihre Bundesparteien. Das regionale Zufriedenheitsdefizit fiel dabei für die CDU (–10 Prozentpunkte zur Bundespartei) und die SPD (–12 Prozentpunkte zur Bundespartei) relativ am höchsten aus.¹²

Anders als 2002 gab es keine klaren Präferenzen für einen Regierungswechsel. Jeweils 44 Prozent votierten für beziehungsweise gegen eine Wachablösung in Magdeburg.¹³ Zwar zeigte sich nur ein reichliches Drittel der Bevölkerung (36 Prozent) mit der CDU/FDP-Landesregierung zufrieden (immerhin +15 Prozentpunkte gegenüber dem Vergleichswert für das Kabinett Reinhard Höppner 2002). Doch gerade einmal 19 Prozent meinten, eine SPD-geführte Regierung könne die Probleme besser lösen. Die geringen Hoffnungen in einen Wechsel spiegelten den erheblichen Vertrauensverlust gegenüber

11 Infratest dimap, Wahlreport LTW 2006, a.a.O., S. 71 f.

12 Ebenda, S. 81.

13 Bei den Wahlen 2002 hatten sich 62 Prozent für und 32 Prozent gegen einen Wechsel ausgesprochen (ebenda, S. 84).



Parteipolitik generell wider. Zwischen 28 und 37 Prozent der Sachsen-Anhalter trauten „keiner Partei“ zu, die wichtigen Probleme – Arbeitsplätze, Zukunftsfragen, Abwanderung, Renten – zu lösen (vgl. Tabelle 1).¹⁴ Da zudem die im Bund regierende Große Koalition eine deutliche Polarisierung zwischen CDU und SPD im Land verhinderte, zeichnete sich das bei der Wahl eintretende Mobilisierungsdefizit bereits vorher ab. Dem insgesamt wenig schwungvollen Wahlkampf entsprach die politische Apathie weiter Teile der Bevölkerung. Selbst unter erklärten Parteianhängern waren nur 51 Prozent an der Wahl stark bis sehr stark interessiert.¹⁵

3. Das Wahlergebnis: Schwarz-Rot in asymmetrischer Anordnung

Dennoch baute sich in den letzten Wochen vor der Wahl ein Spannungsmoment auf. Mit Beginn der heißen Wahlkampfphase hatte das lange Zeit komfortable demoskopische Polster der SPD nämlich zu schrumpfen begonnen. Seit dem Jahreswechsel 2005/

14 Ebenda, S. 73 f.

15 Ebenda, S. 83.

Parteikompetenz	CDU	SPD	Linke	FDP	Grüne	keine / weiß nicht
Wirtschaftsstandort voranbringen	44 (+3)	19 (±0)	7 (-1)	5 (-2)	0 (±0)	23 (±0)
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	41 (+14)	19 (-3)	7 (-1)	2 (-1)	1 (±0)	26 (-1)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	37 (+1)	20 (+3)	7 (-2)	3 (-4)	0 (±0)	30 (+2)
gute Ausländerpolitik betreiben	28 (+5)	26 (+4)	12 (-2)	3 (-3)	5 (+2)	21 (-6)
gute Steuerpolitik betreiben*	28 (-5)	23 (+6)	11 (+5)	11 (+6)	0 (-1)	26 (-11)
gute Familienpolitik und Kinderbetreuung	21	35	24	2	4	12
für soziale Gerechtigkeit sorgen	18 (-1)	35 (+8)	25 (-3)	2 (-3)	1 (±0)	16 (-1)
gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	25 (±0)	32 (+11)	20 (-2)	4 (-5)	2 (+1)	15 (-5)
gute Umweltpolitik betreiben	16	13	6	3	46	14
Altersversorgung langfristig sichern	24	23	11	3	0	37
Abwanderung aus Sachsen-Anhalt stoppen	28	21	9	4	0	35
Zukunftsprobleme Sachsen-Anhalts lösen	35 (+5)	24 (+5)	7 (-5)	3 (-2)	0 (-1)	28 (-1)

* 2002: Verschuldung Sachsen-Anhalts in den Griff bekommen.
 Angaben in Klammern: Vergleich zu 2002.
 Kompetenteste Partei in jeweiliger Zeile fett gedruckt.
 Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2006, S. 73 f.

2006 gingen ihre Umfragewerte, je näher der Wahltag rückte, stetig zurück (vgl. Abbildung 2) – trotz steigender Zustimmung zur Person *Bullerjahn* und obwohl die Parteikompetenzen der SPD im Vergleich mit 2002 zum Teil besser bewertet wurden (vgl. Tabelle 1).

Als am Wahlabend das Ergebnis feststand, waren die Sozialdemokraten mit 21,4 Prozent (+1,4 Prozentpunkte) nur unwesentlich oberhalb ihres Tiefstandes von 2002 angekommen. Zwar gelang ihnen die Rückkehr auf die Regierungsbank, da die FDP von 13,3 auf 6,7 Prozent abstürzte. Doch im Verhältnis zur CDU, die mit einem Minus von 1,1 Prozentpunkten und einem Anteil von 36,2 Prozent der Zweitstimmen ihre führende Position klar behauptete, blieb die Asymmetrie im Parteiensystem Sachsen-Anhalts erhalten. Die Linke.PDS hingegen steigerte sich um 3,7 Punkte auf 24,1 Prozent, festigte somit ihre Position als zweitstärkste politische Kraft im Lande und setzte sich gegenüber der drittplatzierten SPD stärker ab. Die Grünen verbesserten sich auf 3,8 Prozent (+1,6), verpassten damit aber zum dritten Mal in Folge den Sprung in den Landtag. Alle anderen Parteien kamen zusammen auf 8,2 Prozent. Unter diesen erreichte die rechtsextreme

<i>Tabelle 2: Amtliches Wahlergebnis der sachsen-anhaltischen Landtagswahl vom 26. März 2006 (Parteienstimme)</i>					
	absolut	in Prozent	Mandate	Ergebnis 2002	Veränderungen zu 2002 (in Prozentpunkten)
Wahlberechtigte Wähler	2.078.659 923.278	44,4		2.109.428 1.190.831	-12,0
Ungültige Stimmen	21.024	2,3		29.846	-0,2
Gültige Stimmen	895.769	97,7		1.157.866	+0,2
davon für					
CDU	326.721	36,2	40 (-8)	37,3	-1,1
Linke.PDS	217.295	24,1	26 (+1)	20,4	+3,7
SPD	192.754	21,4	24 (-1)	20,0	+1,4
FDP	60.209	6,7	7 (-10)	13,3	-6,6
GRÜNE	32.117	3,6		2,0	+1,6
AGFG	3.356	0,4			+0,4
BBW	4.125	0,5			+0,5
DVU	26.905	3,0			+3,0
REP	4.323	0,5			+0,5
Eltern	14.499	1,6			+1,6
FP Deutschlands	692	0,1			+0,1
future!	3.362	0,4			+0,4
MLPD	4.060	0,4		0,2	+0,2
Pro DM	991	0,1		0,4	-0,3
BÜ-KPD/KPD	957	0,1		0,1	±0
Offensive D-STATT – DSU	2.562	0,3		4,5	-4,2
GUT	7.325	0,8		0,1	+0,7

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

DVU, für die auch die nicht antretende NPD geworben hatte, 3,0 Prozent (vgl. Tabelle 2).

Die CDU gewann 40 (-8) Mandate, die Linke.PDS 26 (+1), die SPD 24 (-1) und die FDP 7 (-10). Da die Gesamtzahl der Sitze im Landtag um 18 auf 97 verringert worden war, fielen die Gewinne unterproportional niedrig, die Verluste hingegen überproportional hoch aus. CDU und SPD verfehlten zusammen knapp eine Zweidrittelmehrheit.

Auf einen nie zuvor erreichten Tiefpunkt sackte die Wahlbeteiligung: Nur 44,4 Prozent der Wahlberechtigten gingen zur Wahl. Das waren zwölf Prozent weniger als 2002 (vgl. Tabelle 2). Alle vier im Parlament vertretenen Parteien haben, in absoluten Zahlen gerechnet, Wähler verloren. Am stärksten fielen die Mobilisierungsverluste bei der FDP (minus rund 93.000) und der CDU (minus rund 107.000) aus. Die Motive der Nichtwähler bringen den schon in Vorwahlumfragen erhärteten Befund einer verbreitet deprimiven bis politikfernen politischen Grundstimmung zum Ausdruck: Die Frage nach den Gründen ihrer Wahlabstinentz beantworteten am Wahlabend 40 Prozent der Nichtwähler mit „Distanz zu Politik und Parteien“ und weitere 33 Prozent mit „Enttäuschung über Politik“¹⁶.

16 Infratest dimap, Wahltagsbefragung 26.3.2006 (wahl.tagesschau.de; Download vom 29. März 2006).

Da offenbar auch ein Großteil der Protestwähler diesmal den Urnen ferngeblieben war, entspricht das im Landtag repräsentierte Parteiensystem nicht dem Typus eines polarisierten Pluralismus. Die DVU, die im Wahlkampf mit sattsam bekannten Protest- und Angstparolen operierte, konnte nur einen Teil der Protestwähler ansprechen. Dass auch unter den drei Prozent ihrer Wähler nicht ausschließlich ideologisch gefestigte Rechtsextremisten zu finden sind, zeigt der Verbleib der Erststimmen. Die DVU hatte mangels Masse keine Wahlkreiskandidaten aufgestellt. Der Wahltagsbefragung von Infratest dimap zufolge „haben von diesem ‚erzwungenen Stimmensplitting‘ vor allem die CDU und die Linke.PDS profitiert. Etwa jeweils jeder fünfte DVU-Zweitstimmenwähler gab im Wahlkreis PDS- beziehungsweise CDU-Kandidaten seine Stimme“¹⁷.

Wie die so genannte Wanderungsbilanz der Wahlforscher zeigt, hat jeder vierte Wähler von 2002 diesmal die Partei seiner Wahl gewechselt. Bei CDU, FDP, SPD und auch der Linke.PDS waren die Abströme ins Lager der Nichtwähler erheblich. Die CDU gab außerdem per Saldo geringe Anteile an die anderen Parteien ab. Die SPD gewann leicht von CDU und FDP; ihr Wanderungssaldo mit der Linke.PDS blieb ausgeglichen. Die Linkspartei gewann ebenfalls kleinere Kontingente früherer CDU- und FDP-Wähler. Die FDP hatte Abwanderungen nach allen Richtungen zu verzeichnen. Umgekehrt fiel der Saldo für die Grünen durchweg positiv aus, allerdings auf einem sehr niedrigen Stimmensockel. Die DVU-Stimmen kamen, in geringer Zahl, von allen anderen Parteien sowie, relativ am meisten, von vormaligen Nichtwählern.

3.1. Aspekte der Wahlentscheidung nach Region, Motiven und Sozialstruktur

Wie schon bei vorangegangenen Landtagswahlen sichtbar geworden war, sind Hochburgen – und dementsprechend Diaspora-Gebiete – der Parteien kaum erkennbar. Sachsen-Anhalt ist im Hinblick auf das Wahlverhalten eine „Landkarte mit wenig Konturen“¹⁸. Dies ist zum einen ein Effekt des tripolaren Parteiensystems: Mit CDU, Linke.PDS und SPD existieren drei größere Parteien. Zum anderen gibt es „bei den einzelnen Parteien ein nur geringes regionales Gefälle, die besten und die schwächsten Wahlkreise liegen nicht sehr weit auseinander, und Partei-Hochburgen sind eher die Ausnahme“¹⁹. Diese „gleichmäßig ‚flachen‘ Strukturen bei den drei großen Parteien“ – eine gewisse Sonderentwicklung des Wählerverhaltens weisen lediglich die Großstädte Magdeburg und Halle auf – bewirkten, dass die nach Stimmen führende CDU allein 40 von 45 Direktmandaten gewinnen konnte (drei gingen an Linke.PDS, zwei errang die SPD).

Gemäß dem empirisch gut erprobten sozialpsychologischen Erklärungsmodell der Wahlforschung sind für die Wahlentscheidung vor allem drei Faktoren ausschlaggebend: Kandidat, Parteienkompetenz und Parteibindung. Dabei spielt die den Parteien jeweils zugemessene sachliche Problemlösungskompetenz die größte Rolle. Diese Hierarchie der „Motivatoren“ der Wahlentscheidung blieb auch bei der jetzigen Landtagswahl im Grundmuster erkennbar. 56 Prozent der Wähler nannten die sachpolitische Kompetenz der Partei ihrer Wahl als vorrangiges Motiv. Für weitere 20 Prozent war das Kandidaten-

17 Infratest dimap, Wahlreport LTW 2006, a.a.O., S. 26.

18 Ebenda, S. 41.

19 Ebenda.

Tabelle 3: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung zur sachsen-anhaltischen Landtagswahl vom 26. März 2006

	alle	CDU	Linke.PDS	SPD	FDP	Grüne
Kandidat	20	28	12	19	15	10
Kompetenz	56	48	63	48	65	66
Parteibindung	21	21	21	28	15	21

Basis (n) = 2.998; Spaltenprozente.

Die Daten sind gewichtet nach dem amtlichen Endergebnis.

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2006, S. 49.

Tabelle 4: Wahlverhalten bei der sachsen-anhaltischen Landtagswahl vom 26. März 2006 nach Alter und Geschlecht (im Vergleich zu 2002)

	CDU		Linke.PDS		SPD		FDP		GRÜNE		DVU
	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%
Endergebnis	36,2	-1,1	24,1	+3,7	21,4	+1,4	6,7	-6,6	3,6	+1,6	3,0
18–24 Jahre	27	-4	18	-2	21	+7	9	-11	6	+2	8
25–34	32	-6	19	+2	17	+5	10	-9	6	+3	6
35–44	34	-6	23	+5	18	+5	8	-7	5	+2	4
45–59	36	-2	28	+6	20	+1	6	-7	3	+2	3
60 und älter	41	+5	24	+2	25	-3	5	-4	2	+1	1
Frauen	37	+1	23	+2	23	+1	7	-7	4	+2	2
18–24 Jahre	24	-12	17	-5	24	+9	9	-6	8	+4	6
25–34	32	-3	18	+1	18	+5	9	-12	6	+3	3
35–44	33	-4	23	+2	21	+5	7	-7	6	+2	3
45–59	36	+0	27	+6	21	+0	7	-8	4	+2	2
60 und älter	43	+6	21	+1	26	-4	5	-5	2	+1	1
Männer	36	-2	25	+5	20	+1	7	-7	3	+1	4
18–24 Jahre	30	+3	20	+1	18	+5	9	-15	5	+0	9
25–34	31	-9	20	+3	15	+5	11	-6	6	+3	8
35–44	36	-8	23	+8	16	+4	8	-8	5	+2	5
45–59	36	-4	28	+5	19	+2	6	-6	3	+2	4
60 und älter	38	+4	27	+4	24	-4	6	-4	2	+1	1

Basis (n) = 18.374; Veränderungen zu 2002 in Prozentpunkten.

Die Daten sind gewichtet nach dem amtlichen Endergebnis.

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2006, S. 53.

profil und für 21 Prozent die „psychologische Parteimitgliedschaft“ entscheidend (vgl. Tabelle 3).²⁰

Bei der Landtagswahl 2002 war die Volatilität besonders weit ausgeschwungen und hatte insbesondere in der Zusammensetzung des sozialdemokratischen Elektorats zu heftigen Verwerfungen geführt.²¹ Die seinerzeit einseitigen Austauschprozesse in der sozia-

20 Ebenda, S. 49. Dass sich bei dieser Wahl die gewohnte Rangfolge zwischen den Faktoren „Kandidat“ und „Parteibindung“ leicht umkehrte, ist ein Effekt der besonders geringen Wahlbeteiligung. Unter Nichtwählern sind Personen mit ausgeprägter Parteibindung klar unterrepräsentiert.

21 Siehe Everhard Holtmann, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 21. April 2002, a.a.O., S. 55 ff.

Tabelle 5: Wahlverhalten bei der sachsen-anhaltischen Landtagswahl vom 26. März 2006 nach Bildung, Beruf, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Konfession (im Vergleich zu 2002)

	CDU		Linke.PDS		SPD		FDP		GRÜNE	
	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff
Endergebnis	36,2	-1,1	24,1	+3,7	21,4	+1,4	6,7	-6,6	3,6	+1,6
Bildung*										
hoch	36	+4	24	-1	22	+3	7	-9	6	+3
mittel	35	-4	25	+6	19	+4	7	-7	2	+1
niedrig	39	-0	23	+6	24	-4	5	-5	2	+1
Tätigkeit										
Arbeiter	34	-7	24	+7	19	+3	6	-7	4	+3
Angestellte	41	+4	22	+0	19	+3	7	-10	4	+1
Beamte	40	-17	13	+3	26	+12	7	-4	9	+7
Selbstständige	53	+9	14	-1	10	+1	14	-8	6	+3
Rentner	38	+3	26	+4	26	-4	6	-4	2	+1
in Ausbildung	25	-4	17	-5	27	+13	9	-11	8	+2
Arbeitslose	23	-9	32	+7	20	+2	6	-6	4	+2
Gewerkschaft										
Mitglieder	26	-6	32	+6	27	+4	4	-7	3	+1
Nichtmitglieder	38	-1	22	+3	20	+2	7	-7	4	+2
Konfession										
evangelisch	47	+0	13	+1	23	+1	7	-6	4	+1
katholisch	62	+5	10	+0	14	-3	3	-8	8	+6
keine/andere	30	-2	30	+5	21	+2	7	-7	3	+1

Basis (n) = 2.998; Veränderungen zu 2002 in Prozentpunkten.

* hoch = Abitur/Hochschule/Uni; mittel = Mittel-/Realschule; niedrig = kein Abschluss/Volks-/Hauptschule.

Die Daten sind gewichtet nach dem amtlichen Endergebnis.

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2006, S. 56.

len Struktur von SPD- und Unionswählern sind 2006 teilweise wieder korrigiert worden. So legt die SPD – und ähnlich die PDS – in den Altersklassen der 25- bis 59-Jährigen diesmal überdurchschnittlich zu; in diesen Kernschichten der Erwerbsgesellschaft hatten die Sozialdemokraten vier Jahre zuvor den stärksten Aderlass hinnehmen müssen. Umgekehrt büßen CDU und FDP in denselben Kohorten überproportional ein (vgl. Tabelle 4). Deutlich zulegen kann die CDU allein bei Rentnern (+5 Punkte), während hier der SPD-Anteile schrumpft (-3 Punkte). Auffallend stark sind im Übrigen die CDU-Verluste bei jüngeren Frauen (-12 Punkte) und die Einbußen der FDP bei Erst- und Jungwählern (-11 Punkte) ausgefallen. Gegen den Trend hat auch die Linke.PDS bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen Boden verloren (-5 Punkte).

Die CDU bleibt in allen Bildungsschichten und Berufsgruppen in Sachsen-Anhalt die stärkste Partei; nicht jedoch bei den Arbeitslosen (vgl. Tabelle 5). Während sie bei Selbstständigen (+9 Punkte), Angestellten (+4) und Rentnern (+3) hinzugewinnt, haben sich Beamte (-17 Punkte), Arbeitslose (-9) und Arbeiter (-7) überdurchschnittlich häufig von ihr abgewendet. Bei Arbeitslosen und Arbeitern konnte die SPD leicht aufholen. Bei gering Gebildeten verlor sie diesmal vier Prozentpunkte. Die PDS hingegen verbesserte sich deutlich im niedrigen und mittleren Bildungssegment (jeweils +6 Punkte) und punktete außerdem bei Arbeitern und Arbeitslosen (jeweils +7) gleichermaßen. Auch bei Gewerkschaftsmitgliedern ist die Linke.PDS jetzt vor SPD (27 Prozent) und CDU (26

Prozent) die relativ stärkste Partei (32 Punkte). Als Anwältin der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen hat sie sich vor der SPD nicht nur behauptet, sondern sich noch etwas deutlicher absetzen können. Dies illustriert auch die Parteienkompetenz im Feld „soziale Gerechtigkeit“, wo beide Linksparteien hart miteinander konkurrieren (vgl. Tabelle 1). Die heftigen und normativ aufgeladenen Auseinandersetzungen um die Hartz IV-Gesetze („Armut per Gesetz!“) der im Oktober 2005 abgewählten rot-grünen Bundesregierung haben ersichtlich noch bis in diesen Landtagswahlkampf hinein und für die Wahlentscheidung gerade von Bürgern mit schwächerem gesellschaftlichen Status ihre psychologischen Spuren hinterlassen.

3.2. Das Absacken der SPD auf der Zielgeraden: Ausdruck von Schwächen der Landespartei oder ein Resultat im Schatten der Bundespolitik?

Auffallend und daher erklärungsbedürftig ist im Rückblick, dass sich mit Eintritt in das Jahr 2006 zwischen den Umfragewerten für die SPD im Bund und im Bundesland Sachsen-Anhalt eine Schere öffnete. Die Ergebnisse für die Landes-SPD gingen von 29 Prozent im Februar und 26 Prozent im März über (nicht mehr veröffentlichte) 25 Prozent wenige Tage vor dem Urnengang auf schließlich 21,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen zurück. Ein paralleles Absinken der SPD-Werte war zwar bundesweit sowie im Gesamt der ostdeutschen Länder ebenfalls zu verzeichnen. Aber mit jeweils minus vier Prozentpunkten fiel der Sympathieverlust im Bund und für Ostdeutschland niedriger aus als in Sachsen-Anhalt (vgl. Abbildung 2). Da kurz vor dem Wahltag die Landeswerte der SPD stärker zurückgingen und, wie erwähnt, die Wähler mehrheitlich angaben, dass landespolitische Gründe für ihre Wahlentscheidung ausschlaggebend seien, lautet die Frage: Lässt sich das Absacken der SPD auf der Zielgeraden vorwiegend auf spezifische Schwächen der Landespartei zurückführen? Die Frage stellt sich umso nachdrücklicher, als das regionale SPD-Ergebnis vom gleichen Tag für Rheinland-Pfalz zeigt²², dass die durch die Bundespolitik grundsätzlich geöffneten, erhöhten Wahrnehmungschancen für einen Landtagswahlkampf erfolgreich genutzt werden können.

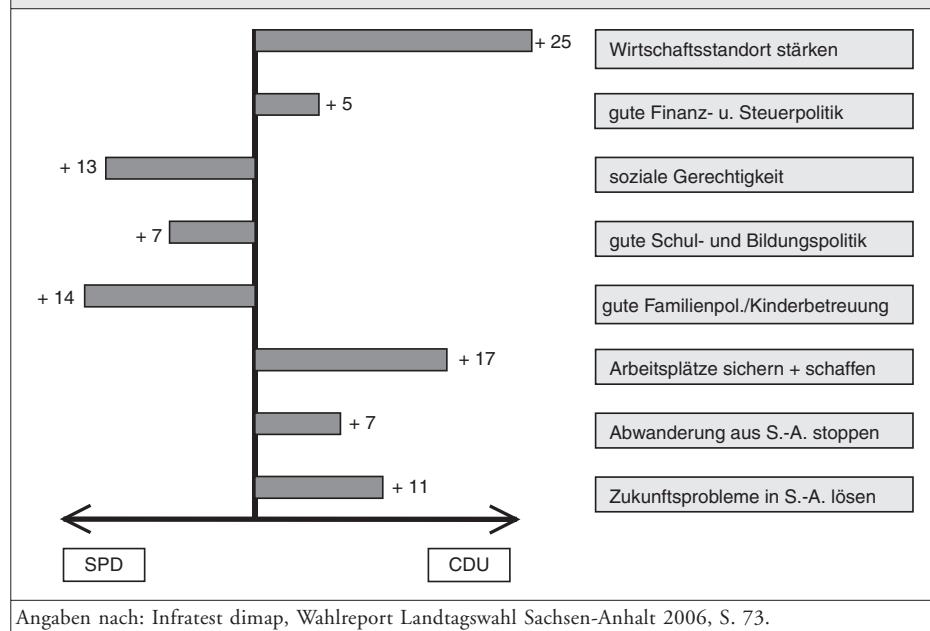
Theoretisch kommen drei Erklärungsmuster in Betracht: (1) Spezifisch landespolitische Schwächen der Partei sind in der Schlussphase stärker durchgeschlagen. (2) Die CDU konnte im direkten Vergleich mit der SPD eigene landespolitische Stärken entscheidend ausspielen. Oder (3) die Bundespolitik hat die Landespolitik doch maßgeblich überformt – zugunsten der CDU und/oder zu Lasten der SPD. Um diese Fragen genauer beantworten zu können, werden im Folgenden ausgewählte wahlbeeinflussende Faktoren für Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz vergleichend gegenübergestellt. Dieser Datenvergleich gibt einen Aufschluss darüber, weshalb die sachsen-anhaltische SPD aus ihrer öffentlichen Wahrnehmung als landespolitischer Akteur und aus ihrem Bemühen, sich als Anwältin genuin regionaler Politikagenden zu präsentieren, so sehr viel weniger Vorteil ziehen konnte als ihre rheinland-pfälzische Schwesterpartei und auch als die mit ihr konkurrierende CDU in Sachsen-Anhalt.

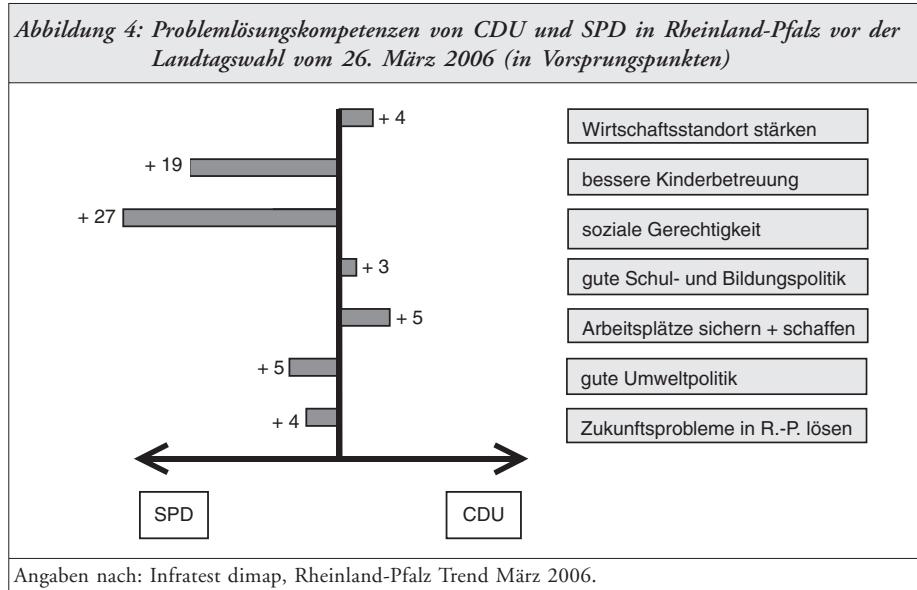
22 Vgl. zur rheinland-pfälzischen Landtagswahl auch den Beitrag von *Heiko Gothe* in diesem Heft der ZParl.

Zieht man die Indikatoren Kandidatenpräferenz, Wechselstimmung, Zufriedenheit mit der Regierung, Oppositionspartei als Regierungsalternative und Parteikompetenz vergleichend heran, so zeigt sich bei keinem der genannten fünf Werte ein Vorteil für die jeweilige Opposition von SPD (in Sachsen-Anhalt) und CDU (in Rheinland-Pfalz). Allerdings schnitt bei drei Kategorien die sozialdemokratische Herausfordererseite in Sachsen-Anhalt deutlich weniger schlecht ab als das christdemokratische Pendant in Rheinland-Pfalz: Bei der Frage nach einer – hypothetischen – Direktwahl des Ministerpräsidenten lag *Jens Bullerjahn* (SPD) 16 Prozentpunkte hinter Amtsinhaber *Wolfgang Böhmer* (CDU) zurück (30 gegenüber 46 Prozent); *Christoph Böhr* (CDU) mit 18 Prozent jedoch 49 Punkte hinter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten *Kurt Beck* (67 Prozent). Hinsichtlich eines gewünschten Regierungswechsels waren in Sachsen-Anhalt die Lager ausgeglichen, in Rheinland-Pfalz sprachen sich 56 Prozent dagegen aus. Zufrieden waren mit der Landesregierung in Magdeburg nur 36 Prozent, in Mainz hingegen 60 Prozent. Dass die Opposition „es besser könnte“, meinte in beiden Ländern jeweils nur eine kleine Minderheit, nämlich 19 Prozent der Sachsen-Anhalter und 23 Prozent der Rheinland-Pfälzer.

Deutlich kontrastiv wurde jedoch die themenbezogene Problemlösungskompetenz von CDU und SPD als jeweilige Oppositionspartei in beiden Ländern eingeschätzt. Während die rheinland-pfälzische CDU auf den Feldern Wirtschaft und Arbeitsmarkt die Nase leicht vorn hatte und ebenso beim Thema Zukunft nur knapp hinter den Sozialdemokraten rangierte (vgl. Abbildung 4), konnte die sachsen-anhaltische SPD zwar, wie ihre Mainzer Schwesterpartei überwiegend auch, bei ihrer klassischen Kernkompe-

Abbildung 3: Problemlösungskompetenzen von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl vom 26. März 2006 (in Vorsprungspunkten)





tanz soziale Gerechtigkeit sowie bei wichtigen landespolitischen Fragen wie Schule und Familie/Kinderbetreuung auf einen großen bis sehr großen Vorsprung bauen. Doch bei den zentralen Themen Stärkung des Wirtschaftsstandorts, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen und Lösen von Zukunftsproblemen lag die von *Böhmer* geführte Regierungspartei um Längen vor der SPD (vgl. Abbildung 3).

Dabei haben sich die beiden situativen Beweggründe der Wahlentscheidung, also Kandidatenfaktor und Parteikompetenz, für die SPD im Zeitverlauf auseinander entwickelt: Während *Jens Bollerjahn* in der Schlussphase des Wahlkampfes den Amtsbonus des amtierenden Ministerpräsidenten deutlich verkleinern konnte, misslang der SPD die Aufholjagd bei der Einschätzung der Parteikompetenz. In den letzten zwei Wochen vor der Wahl fiel sie in den zentralen Kompetenzfeldern Wirtschaft und Zukunft sogar noch leicht zurück.²³

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die CDU konnte in Sachsen-Anhalt ihr landespolitisches Gewicht erfolgreich ausspielen, weil sie bei beiden situativen Faktoren, dem Vertrauen in die persönlichen Fähigkeiten des Regierungschefs²⁴ und den zentral wichtigen Feldern der Parteikompetenz, einen großen Vorsprung besaß. Dieser vergrößerte sich bei der besonders wichtigen Themenfrage der Arbeitsplätze, anders als bei der oppositionellen Landes-SPD, im Laufe des Wahlkampfes weiter.²⁵ Diesen Vorteil der CDU konnte die SPD, obwohl sie sich vom tiefen Absturz ihrer Kompetenzwerte bei der vorangegan-

23 Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTREND Dezember 2005 sowie Februar und März 2006 II, Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2006, a.a.O.

24 Nur bei der Frage, wer „sozialer ein gestellt“ sei, konnte *Bollerjahn* (mit 39 Prozent Nennungen) *Böhmer* (27 Prozent) übertreffen. Der größte Abstand zeigt sich bei der Eigenschaft „Führungspersönlichkeit“: 66 Prozent hielten *Böhmer* hier für stärker, 14 Prozent *Bollerjahn*. Vgl. Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2006, a.a.O.

25 Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTREND März 2006 II.

genen Landtagswahl etwas erholt hatte und bei Landesthemen recht gut aussah, nicht annähernd ausgleichen.

Mehr noch: Die guten Ausgangsbedingungen der Landes-CDU waren eingebettet in einen günstigen Stimmungstrend der Bundespartei. Seit der Regierungsübernahme im Bund waren die Umfragewerte für die Christdemokraten von 36 auf 41 Prozent stetig gestiegen (vgl. Abbildung 1). Gleichzeitig hatte die Kanzlerpartei ihr wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Kompetenzprofil zu Lasten des sozialdemokratischen Koalitionspartners erheblich ausbauen können.²⁶ Diese Kombination landes- und bundespolitisch induzierter Vorteile reichte aus, um die von den Wählern Sachsen-Anhalts durchaus wahrgenommenen Leistungsdefizite der CDU-geführten Landesregierung zu überdecken.

Anders, nämlich nachteilig, wirkte sich dieselbe, in politischen Einstellungen immer gegebene Gemengelage von landes- und bundespolitischen Erwägungen für die sachsen-anhaltische SPD aus. Zwar hatte sich diese unter der Doppelspitze *Bullerjahn / Hövelmann* aus der tiefen Talsohle des Desasters von 2002 ein ansehnliches Stück herausbewegen können. Aber noch hatten sich ihre Kompetenzwerte nicht so weit erholt, dass sie sich gegenüber der CDU hätte positiv absetzen oder wenigstens behaupten können. Anders als in Rheinland-Pfalz besaß die Sachsen-Anhalt-SPD weder den Amtsbonus eines populären Regierungschefs noch relativ günstige Kompetenzwerte, um sich von einem negativen Bundestrend erfolgreich abzukoppeln. Stattdessen wurde sie von den Parteikompetenzen ihrer Mutterpartei, die sich während der heißen Phase des Magdeburger Wahlkampfes dramatisch verschlechterten, zusätzlich heruntergezogen.²⁷ Die nach dem rot-roten Experiment des Magdeburger Tolerierungsmodells bestenfalls erst wieder „halb konsolidierte“ Landes-SPD fiel somit in das Loch, das sich für die Bundes-SPD zwar noch nicht in der Sonntagsfrage, aber schon in der Kompetenzummessung auftat.

Weil im Bund nur hypothetisch, in Sachsen-Anhalt aber tatsächlich gewählt wurde, fiel der Schwund für die SPD in den Umfragewerten für das Land größer aus. Wie erwähnt, war auch diesmal ein Teil ihrer vormaligen Wähler in das große Lager der Nichtwähler abgewandert. Für fast zwei Drittel aller Nichtwähler wiederum war für den Entschluss, den Urnen fernzubleiben, die Bundespolitik ausschlaggebend.²⁸ Dass die sachsen-anhaltische SPD bei wichtigen Landesthemen wie Familie, Kinderbetreuung und Bildung durchaus gute Noten erhielt, nützte ihr in der Endabrechnung wenig, weil diese Themen die politische Auseinandersetzung nicht wesentlich bestimmten. Die „Schlafwa-

26 Der ARD-DeutschlandTREND für Februar 2006 dokumentiert dies: 58 Prozent trauten der CDU/CSU zu, „den Wirtschaftsstandort Deutschland voranzubringen“, sieben Prozentpunkte mehr als im September 2005. Die SPD kam nur auf 16 Prozent (−13 Punkte). Ähnlich sah die Relation bei der Frage „Arbeitsplätze sichern und neue schaffen“ aus: 47 Prozent (+2 Punkte) trauten dies der Union, aber nur 18 Prozent (−7 Punkte) der SPD zu. Angaben nach Infratest dimap, DeutschlandTREND Februar 2006, S. 4.

27 Einen ähnlichen Effekt gab es übrigens auch in Rheinland-Pfalz: Die im Dezember 2005 gemessenen Kompetenzwerte zeigten für die SPD gegenüber 2001 teilweise zweistellige Einbußen auf: Arbeitsplätze −19 Prozentpunkte, Wirtschaftsstandort −10 Prozentpunkte, Zukunftsprobleme −13 Prozentpunkte. Siehe Infratest dimap, Rheinland-PfalzTREND Dezember 2005, S. 5.

28 Infratest dimap, Wahltagsbefragung 26.3.2006 (wahl.tagesschau.de; Download vom 29. März 2006).

genatmosphäre“, die den Wahlkampf bis zum Schluss prägte, wirkte zum Vorteil der regierenden CDU, die als zwar nicht glanzvoller, aber mindestens redlicher Verwalter des Status quo die Wahlen für sich entschied.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Nach knapp vierwöchigen Koalitionsverhandlungen bildeten CDU und SPD die neue Landesregierung. Für diese Lösung sprach nicht nur die aus der Koalitionstheorie bekannte Annahme, dass die Regierungsbildung umso wahrscheinlicher wird, je kleiner die ideologische beziehungsweise programmatiche Distanz zwischen den verhandelnden Parteien ist. Da ein Zusammengehen von CDU und FDP rechnerisch ausgeschlossen und ein Bündnis mit der PDS undenkbar war, die SPD zudem diesmal einer Koalition mit der CDU von vornherein den Vorzug gegeben hatte, bestand für andere Formate keine realistische Alternative.

Die SPD besetzte die Ressorts Inneres, Justiz, Finanzen und Gesundheit/Soziales. SPD-Spitzenkandidat *Bullerjahn* übernahm das Finanzministerium und außerdem die Funktion des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die CDU behielt das Kultusministerium, das um den Bereich Arbeit erweiterte Wirtschaftsministerium, ferner die Ministerien für Landesentwicklung und Verkehr sowie für Landwirtschaft und Umwelt. Neben dem Regierungschef *Böhmer* amtiert auch der bisherige Chef der Staatskanzlei *Robra* im Range eines Staatsministers fort (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Die Mitglieder der neuen Landesregierung in Sachsen-Anhalt (Stand: 2006)

Ministerpräsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (CDU)
Chef der Staatskanzlei	Staatsminister Rainer Robra (CDU)
Vertretung des Landes beim Bund	Staatssekretär Michael Schneider (CDU)
Minister des Innern	Holger Hövelmann (SPD)
Ministerin der Justiz	Prof. Dr. Angela Kolb (SPD)
Minister der Finanzen (stellvertretender Ministerpräsident)	Jens Bullerjahn (SPD)
Ministerin für Gesundheit und Soziales	Dr. Gerlinde Kuppe (SPD)
Kultusminister	Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz (parteilos)
Minister für Wirtschaft und Arbeit	Dr. Reiner Haseloff (CDU)
Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt	Petra Wernicke (CDU)
Minister für Landesentwicklung und Verkehr	Dr. Karl-Heinz Daehre (CDU)

Dem in den Reihen der CDU aufkeimenden Unmut darüber, dass der SPD ebenso viele Ministerposten zugestanden wurden wie der nach Stimmenprozenten deutlich führenden größeren Regierungspartei, wurde von der Parteiführung entgegengehalten, dass die CDU nicht nur den Ministerpräsidenten und den Chef der Staatskanzlei stelle, sondern auch zwei Staatssekretäre mehr als die SPD benennen dürfe. Seine innerparteilichen Kritiker beschied der alte und neue Regierungschef *Böhmer* lapidar: „Man kann besser mit einem Partner zusammenarbeiten, wenn man ihn etwas großzügiger behandelt.“²⁹

29 Mitteldeutsche Zeitung vom 19. April 2006, S. 3.

Den Vorsitz der Fraktion der Linkspartei.PDS übernahm *Wulf Gallert*, der diesen bereits seit 2004 innehat und zuvor als Parlamentarischer Geschäftsführer wesentlichen Anteil an den Aushandlungen im Rahmen des Magdeburger Modells (SPD-Landesregierung mit PDS-Tolerierung)³⁰ gehabt hatte. Die FDP-Fraktion führt *Karl-Heinz Paqué*, der in der ersten Koalitionsregierung *Böhmer* von 2002 bis 2006 als Finanzminister amtiert hatte.

Die bundespolitischen Auswirkungen der Dreifach-Wahlen vom 26. März 2006³¹ blieben begrenzt. Einerseits konnte die im Bund regierende Große Koalition ihre machtpolitische Basis verbreitern, da sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Rheinland-Pfalz mit der FDP aus beiden Landesregierungen ein Blockade-Spieler bei Bundesratsabstimmungen ausschied. Andererseits reichte es für Schwarz-Rot noch nicht zur Zweidrittelmehrheit in der Länderkammer.

5. Zusammenfassung

- (1) Lange Zeit vor dem Wahltermin hatten alle demoskopischen Anzeichen auf einen abermaligen Machtwechsel in Magdeburg zugunsten der SPD hingedeutet. Doch mit Eintritt in das Wahljahr 2006 änderte sich die politische Wetterlage: Während sich die CDU ihrem vormaligen guten Ergebnis stetig annähernde (Ergebnis am Wahltag: 36,2 Prozent), sackte die SPD ab. Am Wahltag lag sie nur geringfügig über ihrem verheerenden Resultat von 2002 (20,0 Prozent; 2006: 21,4 Prozent).
- (2) Die Linke.PDS festigte ihre Position als zweitstärkste politische Kraft im Lande und als führende Oppositionspartei (24,1 Prozent). Die FDP blieb mit 6,7 Prozent weit unter ihrem Ausnahmenergebnis von 2002 (13,3 Prozent). Sie verlor fast die Hälfte der Stimmen, mit der Folge, dass die bisherige schwarz-gelbe Regierung keine Mehrheit mehr erhielt. Da die Grünen trotz leichter Gewinne zum dritten Mal in Folge den Einzug in den Landtag verpassten und die rechtsextreme DVU ebenfalls an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, bilden sich im neu gewählten Landtag die Konturen eines tripolaren, gemäßigt polarisierten Parteiensystems ab.
- (3) Dass die SPD letztlich „zu kurz gesprungen“ ist, verweist auf ein spezielles, enges Ineinandergreifen landes- und bundespolitischer Faktoren der Wahlentscheidung. Diesen Zusammenhang dokumentiert insbesondere das Defizit der SPD in der wahlentscheidenden Kompetenzfrage. Bis zur Bildung der Großen Koalition im Bund hatte die Landes-SPD sich nach dem 2002 erlebten Niedergang in ihren Parteikompetenzen noch nicht wieder so stark erholen können, um den dramatischen Einbruch der Kompetenzwerte für die Bundespartei, der sich mit Beginn des Wahljahres 2006 in den Umfragen abzeichnete, abfedern zu können. Auch deshalb gab es in Sachsen-Anhalt keine Wechselstimmung.

30 Vgl. dazu auch *Sven Thomas*, Zur Handlungsfähigkeit von Minderheitsregierungen am Beispiel des „Magdeburger Modells“, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 4, S. 792 ff.

31 Vgl. dazu auch die Beiträge von *Oscar W. Gabriel* und *Kerstin Völlk* sowie von *Heiko Gothe* in diesem Heft der ZParl.

- (4) Mit Blick auf das Wahlergebnis vom 26. März 2006 müssen bisherige generalisierende Aussagen zum Verhältnis bundes- und landespolitischer Faktoren der Wahlentscheid bei Landtagswahlen möglicherweise modifiziert werden. Weder reduzierte sich bei dieser regionalen Wahl die Motivlage der Wahlbevölkerung einseitig und eindeutig auf „die Funktion einer bundespolitischen ‚Wetterfahne‘“³², noch wird „eine eigenständige territoriale Dynamik im Wahlverhalten“ klar erkennbar, „die zur nationalen Wahldynamik ein zunehmend loses Verhältnis einnimmt“³³. Vielmehr deutet einiges darauf hin, dass es eine je nach regionaler Ausgangslage und für jede Partei verschiedenen ausfallende Verknüpfung bundes- und landespolitischer Effekte gibt.

32 Frank Decker / Julia von Blumenthal, Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 165.

33 Daniel Hough / Charlie Jeffery, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 81.

Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems

Nikolaus Werz und Steffen Schoon

Erstmals seit 1994 fand die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nicht am selben Tag wie die Bundestagswahl statt. Insofern war es nach 16 Jahren wieder eine echte Landtagswahl. Die SPD, die 1998 in Mecklenburg-Vorpommern die erste rot-rote Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik eingegangen war, und die CDU ließen im Wahlkampf die Bündnisfrage offen. Auch deshalb fehlten polarisierende Themen. Die Höhe der Wahlbeteiligung und das Ziel, den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern, rückten in der Schlussphase in den Vordergrund eines Wahlkampfes, der trotz Bundesprominenz auf wenig Interesse stieß.

1. Die Ausgangslage

In dem lange Zeit an der Peripherie gelegenen heutigen Mecklenburg-Vorpommern gestaltete sich der Transformationsprozess besonders schwierig. Die strukturschwache Region hatte in Zeiten des Staatssozialismus eine Aufwertung erfahren, Rostock avancierte zum einzigen Überseehafen der DDR, es wurden gezielt Menschen angesiedelt. Nach 1989/90 setzten De-Industrialisierung, Abwanderung und eine Entleerung der länd-